

MERKBLATT

UMSATZSTEUER BEI NEBENLEISTUNGEN ZUR HOTELÜBERNACHTUNG

(STAND: NOVEMBER 2021)

Mit Wirkung zum 1. Januar 2010 wurde der reduzierte Mehrwertsteuersatz für Beherbergungsleistungen eingeführt. Der reduzierte Mehrwertsteuersatz gilt nach dem Gesetz, der Finanzverwaltung und der bisherigen Rechtsprechung ausschließlich für die Übernachtungsleistung sowie unmittelbare Nebenleistungen, die zwingend mit der Übernachtung verbunden sind. Was das im Einzelnen heißt, wird im vorliegenden Merkblatt erläutert.

Aufgrund der Mehrwertsteuersenkung für Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen, **die vom 1. Juli 2020 bis derzeit 31.12.2022 gilt**, wurde das Merkblatt aktualisiert. Änderungen in roter Schrift.

Beherbergungsleistungen

Dem reduzierten Mehrwertsteuersatz unterliegen die Leistungen, die in der Aufnahme von Personen zur Gewährung von Unterkunft bestehen. Die Steuerermäßigung für Beherbergungsleistungen umfasst sowohl die Umsätze des klassischen Hotelgewerbes als auch kurzfristige Beherbergungen in Pensionen, Fremdenzimmern, Ferienwohnungen und vergleichbaren Einrichtungen.

Die Leistungen, die unmittelbar der Beherbergung dienen, unterfallen auch dem reduzierten Mehrwertsteuersatz. Dies gilt selbst dann, wenn für diese Leistungen ein gesondertes Entgelt in Rechnung gestellt wird.

Diese sind:

- Überlassung von möblierten und mit anderen Einrichtungsgegenständen (z. B. Fernsehgerät, Radio, Telefon, Zimmersafe) ausgestatteten Räumen,
- **Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen mit Ausnahme der Abgabe von Getränken (siehe gesonderte Mitgliederinformation)**
- Stromanschluss,
- Überlassung von Bettwäsche, Handtüchern und Bademänteln,
- Reinigung der gemieteten Räume,
- Bereitstellung von Körperpflegeutensilien, Schuhputz- und Nähzeug (Schuhputzautomat),
- Weckdienst,
- Bereitstellung eines Schuhputzautomaten,

- Mitunterbringung von Tieren in den überlassenen Wohn- und Schlafräumen.

Diese Leistungen zählen als Beherbergungsleistungen und können „kostenlos“ angeboten werden, das heißt, dass diese Leistungen im Übernachtungspreis enthalten sein können.

Aber die Leistungen unterfallen auch dem reduzierten Mehrwertsteuersatz, wenn für diese Leistungen ein gesondertes Entgelt in Rechnung gestellt wird.

Nebenleistungen, die nicht unmittelbar der Beherbergung dienen

Nach den gesetzlichen Regelungen gilt die Steuerermäßigung nicht für Leistungen, die nicht unmittelbar der Beherbergung dienen, auch wenn es sich um Nebenleistungen zur Beherbergung handelt und diese Leistungen mit dem Entgelt für die Vermietung abgegolten sind. Denn das Gesetz schreibt eine Aufteilung der Leistungen vor, so dass der steuerliche Grundsatz, dass die Nebenleistung das Schicksal der Hauptleistung teilt, hier ausdrücklich nicht zur Anwendung kommt. Für diese Leistungen gilt der allgemeine Steuersatz von 19 Prozent.

Zu diesen Leistungen zählen insbesondere:

- **Die Getränke bei** Verpflegungsleistungen (z. B. Frühstück, Halb- oder Vollpension, „All inclusive“),
- Getränkeversorgung aus der Minibar,
- Überlassen vom Plätzen zum Abstellen von Fahrzeugen (Hotelparkplätze)
- Nutzung von Kommunikationsnetzen (insbesondere Telefon und Internet),
- Nutzung von Fernsehprogrammen außerhalb des allgemein und ohne gesondertes Entgelt zugänglichen Programms („pay per view“),
- Leistungen, die das körperliche, geistige und seelische Wohlbefinden steigern („Wellnessangebote“),
- die Verabreichung von Heilbädern (Sauna),
- Überlassung von Fahrberechtigungen für den Nahverkehr (Ausnahme: Tickets für den öffentlichen Nahverkehr innerhalb einer Gemeinde oder bei einer Beförderungsstrecke bis zu 50 km gilt der reduzierte Mehrwertsteuersatz),
- Überlassung von Eintrittsberechtigungen für Veranstaltungen (Ausnahme: Tickets für Theater, Konzert oder Museum, die dem reduzierten Mehrwertsteuersatz unterliegen),
- Transport von Gepäck außerhalb des Beherbergungsbetriebs,
- Überlassung von Sportgeräten und –anlagen (auch Fitnessgeräte),

- Ausflüge,
- Reinigung und Bügeln von Kleidung, Schuhputzservice,
- Transport zwischen Bahnhof / Flughafen und Unterkunft

Bei diesen Leistungen ist nach Auffassung der Finanzverwaltung in der Kalkulation darauf zu achten, dass der Preis für diese Leistungen die Sachkosten deckt und ein, wenn auch geringer, Gewinnaufschlag vorgenommen wird.

Rechnungstellung

Wird für die vorstehenden Leistungen, die nicht von der Steuerermäßigung erfasst werden, kein gesondertes Entgelt berechnet, wird im Fall einer Betriebsprüfung deren Entgeltanteil geschätzt. Schätzungsmaßstab kann hierbei beispielsweise nach Auffassung der Finanzverwaltung der kalkulatorische Kostenanteil zuzüglich eines angemessenen Gewinnaufschlags sein.

Aus Vereinfachungsgründen wird es - auch für Zwecke des Vorsteuerabzugs des Leistungsempfängers - nicht beanstandet, wenn folgende in einem Pauschalangebot enthaltene Leistungen, dem allgemeinen Steuersatz von 19 Prozent unterfallen, in der Rechnung zu einem Sammelposten (z. B. „Business-Package“, „Servicepauschale“) zusammengefasst werden und der darauf entfallende Entgeltanteil in einem Betrag ausgewiesen wird.

Im Falle der Bildung eines Paketpreises muss in der Rechnung nicht offen gelegt werden, welche Kosten für die einzelnen im Paket enthaltenen Leistungen, also beispielsweise für die Möglichkeit der Nutzung der Sauna oder für **die Getränke zum Frühstück**, kalkuliert werden.

Dabei ist aber zwingend darauf zu achten, dass in einem „Business-Package“ für **Dienstreisende** nur solche Leistungen enthalten sind, die der Arbeitgeber im Rahmen der Reisekostenabrechnung steuerfrei ersetzen kann!

Bei **privat veranlassten Übernachtungen** können dagegen alle Leistungen, die dem allgemeinen Steuersatz von 19 Prozent unterfallen, in einer Servicepauschale zusammengefasst werden.

Folgende Leistungen können in einem Paketpreis enthalten sein:

- Abgabe **der Getränke zum Frühstück**,
- Nutzung von Kommunikationsnetzen,
- Reinigung und Bügeln von Kleidung, Schuhputzservice,
- Transport zwischen Bahnhof / Flughafen und Unterkunft,
- Transport von Gepäck außerhalb des Beherbergungsbetriebs,
- Überlassung von Plätzen zum Abstellen von Fahrzeugen,
- Überlassung von Fitnessgeräten (nicht bei Business-Package für Dienstreisende!),

- Möglichkeit der Saunanutzung (nicht bei Business-Package für Dienstreisende!)

Es wird ebenfalls nicht beanstandet, wenn der auf diese Leistungen entfallende Entgeltanteil mit 20 % des Pauschalpreises angesetzt wird.

Hinweis:

Die Bewerbung des Zimmerpreises, ggf. inklusive aller sonstigen und Nebenleistungen, und die Rechnungsstellung sind zu unterscheiden. Es ist durchaus möglich, dass ein Hotel einen Pauschalpreis für die Übernachtung inklusive aller Leistungen, wie Frühstück, Sauna, Wellness, Parkplatz etc. von 200,- Euro bewirbt, und dann aber zwingend in der Rechnung beispielsweise 160,- Euro für Beherbergung mit 7 Prozent Mehrwertsteuer und 40,- Euro für die übrigen Leistungen („Servicepauschale“) mit 19 Prozent Mehrwertsteuer ausweist. Der beworbene Gesamtpreis von 200,- wird eingehalten. Wenn allerdings eine Vielzahl von sonstigen und Nebenleistungen zu einer Pauschale zusammengefasst werden, ist nach Auffassung der Finanzverwaltung darauf zu achten, dass der kalkulatorische Kostenanteil dieser Leistungen die Sachkosten zuzüglich eines, wenn auch geringen, Gewinnaufschlages deckt!

Besonderheit Kleinbetragsrechnungen

Eine Besonderheit gilt bei sogenannten Kleinbetragsrechnungen bis zu einem Gesamtbruttopreis von max. 250,- Euro.

Beispiel: Eine Übernachtung wird mit 120,- Euro kalkuliert einschließlich der Speisen zum Frühstück. Die Getränke zum Frühstück werden mit 5,- Euro kalkuliert, also ein Gesamtpreis von brutto 125,- Euro.

Da der Gesamtbetrag unter 250,- Euro brutto liegt, kann die Rechnung wie folgt aussehen:

1 Übernachtung mit Frühstück	125,- Euro
darin enthaltene USt. zu 7%	7,85 Euro
darin enthaltene USt. zu 19%	0,80 Euro

Rechnungsstellung für einzelne Leistungen

Wenn die Nebenleistungen bislang mit dem Preis für die Hotelübernachtung abgegolten waren, weil sie von den Hotelgästen ohne gesondertes Entgelt genutzt werden konnten, stellt sich die Frage, ob nur für die tatsächliche Nutzung/Inanspruchnahme ein Entgelt in Rechnung gestellt werden muss, oder ob die Möglichkeit der Nutzung, also auch wenn der Gast die Leistung nicht in Anspruch nimmt, in Rechnung gestellt werden muss.

Beispiel Hotelparkplatz

Sofern ein Hotel bislang seinen Parkplatz kostenlos angeboten hat, obwohl das Überlassen von Hotelparkplätzen dem allgemeinen Steuersatz von 19 Prozent unterfällt, stellt sich die Frage, ob das Hotel für jede Übernachtung die Möglichkeit der Parkplatznutzung bei jedem Gast in Rechnung stellen muss, oder ob lediglich bei den Gästen die Nutzung des Hotelparkplatzes in Rechnung gestellt wird, die auch tatsächlich den Hotelparkplatz nutzen. Gleiches gilt für die Sauna oder auch den Fitnessraum. Die Frage ist derzeit – soweit ersichtlich – noch nicht endgültig und rechtssicher geklärt. Dementsprechend werden nachstehend beide Möglichkeiten kurz skizziert:

Rechnungsstellung bei tatsächlicher Nutzung

Letztlich muss eine Leistung nur demjenigen in Rechnung gestellt werden, der die Leistung auch in Anspruch nimmt. Fraglich ist zunächst, ob die Leistung darin besteht, den konkreten Parkplatz zu nutzen oder ob die Möglichkeit der Nutzung die Leistung ist. Dabei kommt es im konkreten Fall darauf an, ob festgestellt werden kann, wer tatsächlich einen Parkplatz nutzt.

Schranke/Einfriedung

Beim Hotelparkplatz könnte, je nach tatsächlichen Gegebenheiten, die Zufahrt mit einer Schranke versehen werden. Dann wird nur von denjenigen Gästen, die den Parkplatz nutzen, ein Entgelt erhoben.

Parkplatzschild mit Preis

Ist das Anbringen einer Schranke mit entsprechender Einzäunung oder Einfriedung mit größeren Steinen nicht möglich, bliebe die Möglichkeit, bei der Zufahrt zum Hotelparkplatz ein Schild aufzustellen, die den Parkplatz als kostenpflichtig ausweist (Kosten wären im Idealfall auf dem Schild anzugeben) und dann die Hotelgäste beim Check-in zu befragen, ob sie den Parkplatz nutzen. Im Falle der Nutzung wäre ein Entgelt in Rechnung zu stellen.

Kosten des Parkplatzes

Bei der Höhe des Entgelts ist wiederum zu beachten, dass der Preis die Sachkosten decken muss. Handelt es sich also um eine brachliegende Wiese, auf der die Hotelgäste parken können, wäre ein sehr geringes Entgelt zu berechnen, da die Unterhaltskosten einer Wiese marginal sind. Anders verhält es sich bei einer Tiefgarage, die gegebenenfalls noch bewacht ist. Pauschale Aussagen zur Höhe der in Rechnung zu stellenden Preise sind völlig unmöglich.

Gemischt genutzte Parkplätze

Schwierig ist die die Kalkulation, wenn ein Parkplatz beispielsweise von Hotel- und Restaurantgästen genutzt werden kann. Für die Gäste des Restaurants kann der Parkplatz kostenlos angeboten werden, für die Hotelgäste nicht. In diesem Fall könnte ein Schild aufgestellt werden, dass der Parkplatz für Hotelgäste kostenpflichtig ist, mit der Folge, dass die Gäste beim Check-in zu befragen wären, ob sie den Hotelparkplatz nutzen um ggf. ein Entgelt in Rechnung zu stellen. Die Kalkulation des Preises ist in diesem Fall aufzuteilen nach durchschnittlicher Belegung des Parkplatzes mit Hotel- und mit Restaurant-gästen. Für die den Nutzungsanteil von Hotelgästen wären dann die anteiligen Kosten der Kalkulation zugrunde zu legen, nicht die Kosten der Nutzung durch Restaurantgäste.

Rechnungsstellung „Möglichkeit“ der Nutzung

Anders sieht es jedoch aus, wenn alleine für die Möglichkeit der Nutzung des Parkplatzes ein Entgelt in Rechnung gestellt wird. Wenn aber keine „Servicepauschale“ oder ein „Business-Package“ die Möglichkeit der Nutzung des Parkplatzes enthält, müsste die Möglichkeit der Nutzung des Parkplatzes als gesonderter Posten in der Rechnung auftauchen. Dies würde bei den Gästen, die keinen Parkplatz nutzen, zumindest zu Irritationen und Diskussionen führen.

Rechtlicher Hinweis:

Die vorstehenden Informationen wurden von uns mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt. Der DEHOGA Bundesverbandes übernimmt jedoch keine Gewähr für deren Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität. Eine Haftung für Fehler oder Auslassungen wird von uns nicht übernommen. Die Nutzung der Informationen erfolgt auf eigene Gefahr.

Vorsorglich weisen wir ergänzend darauf hin, dass die vorstehenden Informationen keine steuerrechtliche Beratung darstellen und keine einzelfallbezogene steuerliche Beratung ersetzen können.

DEHOGA, November 2021